

Wirtschaftliche und
gesellschaftliche
Voraussetzungen für einen
erfolgreichen Systemwandel

Ein Vergleich zwischen Tunesien und Jemen

Elena Wasserheß

01.9/2014

Elena Wasserheß

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Voraussetzungen für einen erfolgreichen Systemwandel. Ein Vergleich zwischen Tunesien und Jemen

Der Arabische Frühling ist ein Phänomen, das die gesamte MENA-Region auf unterschiedlichste Art und Weise betraf. Auch Tunesien und der Jemen wurden von der Welle der Proteste nach Würde, Gerechtigkeit und Freiheit erfasst und ein Transformationsprozess wurde in beiden Ländern in Gang gesetzt. Dass trotz der Verschiedenheit der beiden Länder, die Basis für einen Systemwechsel geschaffen wurde, ist insofern überraschend, dass daraus resultierend das Interesse entstand, die Bedingungen, die einem erfolgreichen Systemwechsel, im Sinne der Demokratiekonsolidierung, zu Grunde liegen, zu untersuchen.

Hierbei liegt der Fokus auf einem Vergleich der wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Strukturen Tunesiens und des Jemens, um feststellen zu können, inwiefern deren Ausprägung als Voraussetzung für einen erfolgreichen Systemwechsel gelten. Angesichts der schwierigeren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation des Jemens, liegt der Schluss nahe, dass dort ein Transformationsprozess eher scheitern wird. Anlehnend an die Transformationsforschung Seymour Martin Lipsets gilt jedoch, dass die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen eines Landes nicht als ausschließliche Demokratisierungsbedingung gelten. Dennoch, je besser diese herausgebildet sind, desto erfolgsversprechender sei die Grundlage für einen gelungenen Systemwechsel. Die Ergebnisse des Vergleichs bestätigen genau diesen Ansatz: Beide Länder ringen mit den Herausforderungen, die ein Transformationsprozess mit sich bringt. Die besser ausgebildeten wirtschaftlichen Strukturen sowie die relativ homogene Gesellschaft Tunesiens wirken zu bei diesem Prozess unterstützend, während der Jemen zusätzlich mit den schwierigen Grundbedingungen kämpfen muss. Angesichts des-

sen, dass sowohl in Tunesien als auch im Jemen der Übergangsprozess noch nicht abgeschlossen ist, ist jedoch eine sichere Prognose nicht möglich. Insbesondere aufgrund der Tatsache, dass sich dabei nicht auf vergangene Systemwechselprozesse gestützt werden kann, da die Umbrüche in der arabischen Welt ein völlig neues Forschungsfeld darstellen.

1. Einleitung

Die Selbstverbrennung des 23-jährigen Gemüsehändlers Muhammad Bouazizis in Tunesien war Auslöser einer Welle des Protests, die die gesamte MENA-Region erfasste. Die Menschen forderten Gerechtigkeit und Freiheit, aber auch Arbeitsplätze oder die Senkung der Lebensmittelpreise. So einheitlich diese Forderungen waren, so unterschiedlich reagierten die Regime. Die einen setzten auf Repression und Gewalt, die anderen auf Reformen und Zugeständnisse. Es ließ sich beobachten, dass ressourcenarme Monarchien wie Marokko zu Reformen und einer Konstitutionalisierung tendierten, während in allen Öl exportierenden Staaten, bis auf Libyen, eine Revolution, bspw. durch Geldgeschenke wie in Saudi-Arabien, verhindert werden konnte. Jene Staaten die über keine monarchische Tradition verfügten wurden am heftigsten von den Aufständen erfasst. In Syrien mündeten die zuvor friedlichen Demonstrationen in einen Bürgerkrieg, in Ägypten wurden ein neues Parlament und ein Präsident vom Volk gewählt. Auch in Tunesien und im Jemen kam es zu nationalen Protesten, die zur Auflösung der autokratischen Regime führten.

Zwar stütze sich das autokratische Regime in beiden Ländern weder auf eine traditionell legitimierte Herrschaft, noch auf einen besonderen Ressourcenreichtum, auf der anderen Seite sind die geographischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede evident. So mag es überraschen, dass trotz der Verschiedenheit der beiden Ländern ein Transitionsprozess in Gang gesetzt worden ist.

In diese Arbeit sollen die Bedingungen untersucht werden, unter denen ein erfolgreicher Systemwechsel möglich ist. Um eine allgemeingültige Aussage treffen zu können, wäre die Analyse aller betroffenen Umbruchsländer nötig, was jedoch den Rahmen dieser Seminararbeit sprengen würde. Deshalb soll ein Vergleich Tunesiens und des Jemens die Bedeutung gewisser Bedingungen für einen Systemwechsel extrahieren. Die Verschiedenheit der Länder ermöglicht dabei eine breitere Anwendung der Gültigkeit der Bedingungen als bspw. ein Vergleich Tunesiens mit Ägypten.

Es existieren diverse Erklärungsansätze für Ursache, Erfolg und Misserfolg von Transformationsprozessen. Sie zentrieren sich auf das System, die Struktur, die Kultur oder die Akteure. Für eine umfassende Transformationsanalyse ist letztendlich eine Theoriesynthese nötig. Dem Rahmen der Arbeit entsprechend, liegt der Fokus dieser Untersuchung jedoch auf einem Teilaspekt der Transformationstheorien, auf der Systemebene. Es sollen die sozioökonomischen Bedingungen für einen erfolgreichen Systemwechsel untersucht werden, da diese, gerade im Vergleich zu kulturell-religiösen Bedingungen, am ehesten intern wie extern – positiv - beeinflussbar sind. Bei der Fokussierung auf die Systemebene, stellt sich die Frage, inwiefern wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen als Voraussetzung für einen erfolgreichen Systemwechsel vor dem Hintergrund des „Arabischen Frühlings“ gelten.

Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden. Dazu werden die sozioökonomischen Strukturen länderspezifisch anhand eines Kriterienkatalogs verglichen. Dieser Kriterienkatalog basiert auf Indikatoren, die Seymour Martin Lipset als relevante Demokratisierungskriterien in seiner Modernisierungstheorie (1959) formulierte.¹

¹ Lipset, Seymour Martin: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: The American Political Science Review, 1959.

Ausgehend von Lipsets Ansatz lässt sich die These formulieren, dass aufgrund der im Vergleich zu Tunesien mangelhaft ausgebildeten sozioökonomischen Erfordernissen, der Transformationsprozess im Jemen scheitert.

Zur Untersuchung des Forschungsgegenstands ist zum einen die Klärung von Begriffen notwendig, die den ersten Teil charakterisiert. Nachdem Begriffe wie Systemwechsel und dessen Erfolg geklärt werden sowie im Detail auf Lipsets Modernisierungstheorie eingegangen wird, schließt sich im zweiten Teil dieser Arbeit der Vergleich Tunesiens und Jemens an. Dazu wird zuerst der Verlauf der Umbrüche in Tunesien und im Jemen kurz skizziert, damit eine einheitliche Informationsbasis gewährleistet ist und die vergleichenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in ihrem Kontext besser nachvollzogen werden können. Auf jene Kurzbeschreibung folgt der Vergleich der beiden Länder anhand der sozioökonomischen Requisiten nach Lipsets Modernisierungstheorie. Abschließend werden die Forschungsfrage und die These auf Basis der gewonnenen Kenntnisse im abschließenden Teil beantwortet.

2. Transformationsforschung und Seymour Martin Lipsets Modernisierungstheorie

2.1 Systemwandel – Systemwechsel

Wenn die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Systemwechsel analysiert werden sollen, muss vorab geklärt werden was unter diesem überhaupt verstanden wird. Der Begriff Systemwechsel wurde in der Zeit der aufkommenden Transformationsforschung in den 1950er Jahren geprägt. In Abgrenzung zum Systemwandel begreift man unter ihm Transformationsprozesse, die nachhaltig zu einem anderen Systemtypus führen. Er beinhaltet neben den Wandlungsprozessen der politischen Herrschaftsstruktur (Regimewechsel) auch die Wandlung der sozioökonomischen Ver-

hältnisse. Dabei kann nur dann von einem Wandlungsprozess der politischen Herrschaftsstrukturen gesprochen werden, wenn sich der Herrschaftszugang, die Herrschaftsstrukturen, der Herrschaftsanspruch und die Herrschaftsweise eines Regimes grundlegend verändert haben.²

Die Art des Wechsels des politischen Systems lässt jedoch diese Minimalcharakterisierung des Begriffs offen – der Systemwechsel kann beispielweise sowohl die Veränderung eines demokratischen Systems in ein autokratisches System beinhalten, als auch umgekehrt.

2.2 Erläuterung des Begriffs Systemwechsel

In dieser Hausarbeit soll der Ausdruck des Systemwechsels jedoch enger gefasst und mit dem Begriff der Transition in Verbindung gebracht werden.

Transition bedeutet im semantischen Sinne „Übergang zur Demokratie“.³ Nach der Definition von Wolfgang Merkel wird davon ausgegangen, dass ein Systemwechsel eine Art Intervall darstellt, begrenzt zum einen durch das Auflösen des autokratischen Systems und zum anderen durch das etablierte demokratische System.⁴

Dieses Intervall wird in 3 Phasen des Systemwechsels unterteilt:

- a) Ende des autokratischen Regimes
- b) Institutionalisierung der Demokratie
- c) Konsolidierung der Demokratie

Die allgemeine Formulierung der Phasen ermöglicht das Zusammenfassen der historischen Vielfalt aller erfolgreichen Systemübergänge von autokratischen zu demokratischen Systemen, so Merkel.

Auch in dieser Arbeit wird von einer Demokratisierung des vorhandenen Systems

ausgegangen, wenn von einem erfolgreichen Systemwechsel die Rede ist. Friedbert W. Rüb definiert dabei die Demokratisierung als einen Prozess

„in dem die unbegrenzte, unkontrollierte und kompromisslos eingesetzte politische Macht von einer sozialen Gruppe oder Person auf institutionalisierte Verfahren verlagert wird, die die exekutive Macht begrenzen, laufend kontrollieren, regelmäßig verantwortbar machen und kontingente Ergebnisse ermöglichen.“⁵

Diese Vorstellung eines erfolgreichen Systemwechsels deckt sich zusätzlich mit den grundlegend einheitlichen Forderungen der Protestbewegungen des „Arabischen Frühlings“ Dies trifft auch auf Tunesiens und den Jemen zu - Gerechtigkeit und Freiheit, die eine politische Teilhabe sowie ein Ende der Korruption, Kooptation und Vetternwirtschaft mit sich ziehen. Parallel steht das Dringen auf die Veränderung der sozioökonomischen Verhältnisse, wie beispielsweise die Schaffung von Arbeitsplätze oder die Senkung der Lebensmittelpreise.⁶

Ein erfolgreicher Systemwechsel ist also dann vollzogen, wenn die Auflösung des autokratischen Regimes, die Institutionalisierung der Demokratie sowie deren Konsolidierung erfolgreich durchlaufen sind und die Grundforderung der Protestbewegung unter Berücksichtigung von Kompromissen umgesetzt werden.

Tunesien und Jemen stehen noch ganz am Anfang des Transitionsprozesses. Durch die Analyse der Bedeutung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen für den Demokratisierungsprozess, soll deren Rolle als Voraussetzung für den Erfolg des Prozesses geklärt werden.

² Beyme, Klaus von/ Nohlen, Dieter: Systemwechsel, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 1: Politische Theorien, München 1995, S. 636-649.

³ Vgl. Sandschneider, Eberhard: Stabilität und Transformation politischer Systeme, Opladen 1995.

⁴ Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2. Aufl. 2010, S.94.

⁵ Rüb, Friedbert W.: Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen, in: Merkel, Wolfgang/ Sandschneider, Eberhard/ Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 2. Aufl. 1996, S. 111-140.

⁶ Vgl. Perthes, Volker: Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen, Bonn 2011, S. 25-26, 33-34.

2.3 Die Modernisierungstheorie als Bezugsrahmen zur Erklärung erfolgreicher Systemwechsel

Es gibt vier große Theoriestränge, die Ursache, Erfolg und Misserfolg demokratischer Systemwechsel zu erklären versuchen: System-, Struktur-, Kultur- und Akteurstheorien.

Die Modernisierungstheorie von Seymour Martin Lipset (1959) zählt zum Systemtheoriestrang und beleuchtet diesem Strang entsprechend den

„Zusammenhang von funktionalen Erfordernissen sozioökonomischer Systeme und der Herausbildung von sozialen und politischen Strukturen, die diese Anforderungen erfüllen“⁷

und legt somit die Korrelation zwischen wirtschaftlichen Entwicklungen und dem Demokratiestandard dar. In einem 1959 veröffentlichten Aufsatz formuliert er die Hauptaussage seiner Theorie:

„The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy.“⁸

Empirisch bewiesen wurde diese Wechselbeziehung anhand des aggregierten ökonomischen Indikators des Bruttoinlandsprodukts (BIP) per capita: Je höher dieses war, desto demokratischer das Land. Doch nur mit der Betrachtung der Volkswirtschaft wird man dem umfassenden Prozess der Demokratisierung nicht gerecht und um differenzierte Sachverhalte und Kausalitäten zu ermitteln, sind weitere sozioökonomische Kriterien, die hinter dem BIP per capita stehen, notwendig. Diese sieht Lipset als „requisites“ (Erfordernisse) für eine erfolgreiche und stabile Demokratisierung an. Dazu zählen:

a) Ein relativ hohes Niveau sozioökonomischer Entwicklung gemessen an ausgewählten Indikatoren wie ökonomischer Entwicklung, allg. Bildungsniveau, Urbanisierung, technischen Informations- und Kommunikationsmittel

- b) Eine hohe vertikale Mobilität
- c) Eine große, zumindest rasch wachsende Mittelschicht sowie Arbeiter- und Unterschicht, die nicht von existenzieller Unsicherheit bedroht ist
- d) Ein hinreichender Ausbildungsstand
- e) Ein relativ egalitäres System von Werten
- f) Ein hohes Organisations- und Partizipationsniveau in Vereinen und Verbänden⁹

Zwar sieht Lipset die Sachverhalte weder als notwendige, gar als hinreichende Voraussetzung für die Demokratisierung und Überlebensfähigkeit der Demokratie an. Noch schließt sein Ansatz nicht aus, dass Gesellschaften, die diesen Indikatoren nicht entsprechen, dennoch zentrale demokratische Institutionen und Verfahren einführen könnten. Aber er schätzt die Überlebenschancen des neu implementierten Systems sowie eine weitere Demokratisierung und Konsolidierung als außerordentlich gering ein. Um den Einfluss vorhandener wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen auf den Systemwechsel zu extrahieren, werden Tunesien und der Jemen anhand der neun sozioökonomischen Indikatoren Seymour Martin Lipsets verglichen.

Die Modernisierungstheorie Lipsets scheint für die Beantwortung der Forschungsfrage, also inwiefern sozioökonomische Strukturen als Voraussetzung für einen erfolgreichen Systemwechsel eines Landes gelten, besonders gut geeignet zu sein, denn wie Wolfgang Merkel es zusammenfasst, kann die Theorie gute kausale Argumente und überzeugende empirisch-statistische Testergebnisse dafür aufbieten, dass längerfristig marktwirtschaftliche Modernisierung der Wirtschaft und (...) der Gesellschaft die fundamentale Voraussetzung für die Entwicklung von Demokratie ist.¹⁰

⁷ Merkel, Wolfgang, Systemtransformation, a.a.O. S.67.

⁸ Lipset, Seymour Martin: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in The American Political Science Review, 1959 Nr. 53, S. 75.

⁹ Lipset, Seymour Martin: Political Man. The Social Basis of Politics, Baltimore 1981, S. 64ff.

Vgl. Merkel, Wolfgang, Systemtransformation, a.a.O. S.71.

¹⁰ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation a.a.O. S. 74.

Da die Phase der Demokratisierung sowohl in Tunesien als auch im Jemen noch nicht abgeschlossen ist, sollen nicht die aktuellen, sich im ständigen Wandel befindenden Strukturen analysiert werden, sondern vielmehr die strukturellen Anfangsbedingungen 2010/2011. Je nachdem wie stark und schwach die den Indikatoren entsprechenden Strukturen ausgebildet waren, lässt sich möglicherweise ein Rückschluss auf die Entwicklung der Demokratisierung und Konsolidierung Tunesiens und Jemens ziehen.

2.4 Quellenlage

Dank des Bertelmann Transformationsindex (BTI) 2010 sowie des Human Development Reports (HDR) und Human Development Indexes (HDI) 2010 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) stehen seriöse, länderspezifische Werte für die vergleichenden Indikatoren zur Verfügung. Es besteht jedoch ein Mangel an Daten zur hohen vertikalen Mobilität sowie zu einem ausgebildeten System relativ egalitärer Werte, daher werden diese Indikatoren im Vergleich lediglich benannt.

Des Weiteren waren die verschiedenen Sammelbände unter der Herausgabe von Wolfgang Merkel, insbesondere die 2. Auflage „Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung“, als Einführung in die Materie sehr aufschlussreich.

Es gilt jedoch, dass das Phänomen des „Arabischen Frühlings“ ein völlig neues ist und nicht mit bereits vergangenen Transformationsprozessen bspw. in Lateinamerika oder (Süd-) Osteuropa zu vergleichen ist. Daher boten sich für diese Seminararbeit vor allem allgemein gefasste Gültigkeiten der Transformation-/ Transitionsforschung an.

3. Hauptteil

3.1 Situationsbeschreibung Tunesien

Die nationale Protestwelle, initiiert durch die Selbstverbrennung des 23-jährigen Gemüsehändlers Muhammad Bouazizis in Sidi Bouzid, gipfelte am 14.01.2011 in die Flucht des Präsidenten Zine al-Abidine Ben Ali. Drei Tage später, am 17.01.2011, wurde ein Übergangsrat gegründet, zuerst unter dem Vorsitz Mohamed Ghannouchis, ehemaliger Ministerpräsident unter Ben Ali, der jedoch wegen massiver Proteste des tunesischen Volks abtrat. Ab dem 27.02.2011 führte Béji Caïd el Sebsi den Vorsitz des Übergangsrats. Im Oktober fanden die ersten freien Wahlen in Tunesien zur verfassungsgebenden Versammlung statt. Aus den Wahlen ging die islamische Ennahda Partei als Sieger hervor, die in Koalition mit dem linksliberalen „Kongress für die Republik“ CPR und der sozialdemokratischen Ettakatol die Übergangsregierung bildete. Als Vorsitzender der Verfassungsgebenden Versammlung wurde Mustafa Ben Jafaar (Parteichef Ettakatol) gewählt, am 12.12.2011 Moncef Marzouki (Parteichef CPR) als Interimspräsident und am 24.12.2011 Hamadi Jebali (Generalsekretär Ennahda) von Marzouki als Ministerpräsident ernannt. Am 10.12.2011 wurde von der Verfassungsgebenden Versammlung eine Übergangsverfassung verabschiedet, die bis zur Verabschiedung einer neuen Verfassung, an deren Ausarbeitung die Versammlung gerade tätig ist, gültig ist.

Probleme, denen sich die Übergangsregierung stellen muss, sind insbesondere die Konfliktstrukturen zwischen islamischen und säkularen Kräften, die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage sowie die soziogeographischen Disparitäten von Land-Küste/Norden-Süden.¹¹

¹¹ Vgl. Schmid, Thomas: Wo alles begann, in: Edition Le Monde diplomatique, o. Jhg. (2012), Nr. 11, S. 29-31.

3.2 Situationsbeschreibung Jemen

Ende Januar 2011 erreichte die Welle des Aufruhrs auch den Jemen. Auf die friedlichen Proteste der „urbanen Intelligenzija“¹² in Großstädten wie Sanaa regierte das Regime zunehmend mit Gewalt. Mit der Zeit ließ sich eine Verdrängung des zivilgesellschaftlichen Protestes durch tribale und innerfamiliäre Machtkämpfe bis hin zu kriegsähnlichen militärischen Auseinandersetzungen feststellen, da zunehmende Gewalteskalation zwischen Regierungsgegnern, wie rivalisierenden Stämmen und Oppositionsparteien, Regimegetreuen und dem Militär auftraten. Aus der einst homogenen Protestbewegung entwickelte sich eine vielfältige Opposition gegen das Regime von Ali Abdallah Saleh, deren Forderungen von Reformen bis zu einem radikalen Systemwechsel und der Strafverfolgung des Präsidenten und seiner Verwandten reichte.

Saleh reagierte auf die Eskalationen stetig wechselnd mit Versprechen und Gewalt, Zustimmung sowie Ablehnung. Zum Beispiel gegenüber dem Vorschlag des Golf-Kooperationsrats (GCC), der die zunehmende Dramatisierung der Lage mit Unbehagen sah. Dieser Vorschlag beinhaltete die Befugnisübertragung an Salehs Stellvertreter sowie seinen Rücktritt innerhalb 30 Tagen. Des Weiteren die Bildung einer nationalen Einheit aus Vertretern der dominierenden Kraft des Allgemeinen Volkskongresses (AVK) und der Oppositionsparteien, insbesondere der Koalition Joint Meeting Parties (JMP), ein Zusammenschluss der islamischen Islah Partei und der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP).

Der GCC Plan sah außerdem die Wahl eines neuen Präsidenten nach 60 Tagen vor. Im Gegenzug wurde Saleh und seinen Angehörigen Schutz vor juristischer Verfolgung zugesichert. Die AVK sowie die JMP stimmten der Initiative zu und ebenso

wie Saleh selbst, der sich jedoch weigerte diese zu unterschreiben.

Salehs Spiel auf Zeit wurde beendet nachdem insbesondere der internationale Druck seitens GCC, USA und UN stieg. Am 23.11.2011 unterzeichnete er die GCC-Initiative. AVK und JMP bildeten eine „Regierung der nationalen Eintracht“ unter dem Vorsitz Mohammed Salem Basendwa und einigten sich auf Abed Rabbo Mansur Hadi, Vizepräsident unter Saleh, als gemeinsamen Kandidaten für die Wahl des Interimspräsidenten am 21.02.2012. Dieser wurde am 25.02.2012 vereidigt und übernimmt die Aufgabe gemeinsam mit der „Regierung der nationalen Eintracht“ in einem zweijährigen Übergangsprozess unter Einberufung des „Kongresses des nationalen Dialogs“ zwischen allen politischen Kräften, einschließlich der Jugend, der Süd-Bewegung, der Huthis und aller Parteien sowie der Zivilgesellschaft und der Frauen, eine neue Verfassung herauszuarbeiten und den Weg zu neuen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu ebennen.

Trotz Unterstützung der Mehrheit des Volkes, muss sich der Übergangspräsident Hadi vielen ungelösten Problemen stellen – die katastrophale wirtschaftliche und humanitäre Lage, die gespaltene Gesellschaft mit ihren Stämmen und separatistischen Bewegung, die heterogene Oppositionsbewegung und der stetigen Möglichkeit der Gewalteskalation.¹³

3.3 Vergleich Tunesien - Jemen anhand Lipset Requisitenbündel

Um die Rolle wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen eines Landes auf einen erfolgreichen Systemwechsel zu untersuchen, wird das „Requisitenbündel“ der in Lipsets Modernisierungstheorie formulierten sozioökonomischen Kriterien als Vergleichsindikatoren verwendet. Lipset entwickelt mithilfe dieser Kriterien eine

¹² Büchs, Anette: Pro-demokratische Proteste im Jemen. Gefangen im Patt der Eliten, o.O. 18.10.2011, S.1 (<http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52404/jemen?p=all>, letzter Zugriff am: 1.9.2012).

¹³ Vgl. Balke, Fritz: Glückliches Arabien? Schwieriger Übergang in Jemen, in: Winter/Heinz-Dieter (Hrsg.): Arabischer Frühling. Zwischen hohen Erwartungen und enttäuschten Hoffnungen, Berlin 2012, S. 70-76.

Kausalkette zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung. Nach Lipset und Merkel lässt diese sich wie folgt skizzieren.

3.3.1 Kausalkette wirtschaftliche Entwicklung – Demokratisierung

Wirtschaftliche Entwicklung führt zu einem Anstieg des Bildungsniveaus. Das beinhaltet zusätzlich eine erhöhte Nutzung von Informations- und Kommunikationsmitteln sowie eine Urbanisierung. Aus dem Anstieg des Bildungsniveaus resultiert die politische Mäßigung der Gesellschaft und somit die Herausbildung eines Systems relativ egalitärer Werte. Folglich wird die Mittelschicht demokratisiert und durch den Wandel der Sozial- und Klassenstruktur die vertikale Mobilität einer Gesellschaft verbessert. Die Herausbildung einer demokratisierten Mittelschicht hat die Konsequenz eines hohen Partizipations- und Organisationsniveau in Vereinen und Verbänden um Raum für politisch-demokratische Partizipation zu bieten.¹⁴

Eine positive Lesart der 9 Kriterien belegt die chancenreiche Demokratisierung und dessen Konsolidierung. Im Folgenden soll der Entwicklungsstand der Kriterien während des autokratischen Regimes vor dem „Arabischen Frühling“ analysiert und verglichen werden, um ihren Einfluss auf den darauffolgenden Transitionsprozess aufzuzeigen.

3.3.2 Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung und des Bildungsniveaus

Wie Seymour Martin Lipset gleich zu Anfang seines Aufsatzes zur Modernisierungstheorie aufzeigt, ist die wichtigste Erfolgsbedingung gelungener Demokratisierung die wirtschaftliche Entwicklung. Diese überprüft er anhand des aggregierten ökonomischen Indikators des Bruttoinlandsprodukts per capita. In Tunesien be-

trug dieses 2010 in der US-Währung von 2011 \$9800 in Jemen \$2700.¹⁵

Eine steigende wirtschaftliche Entwicklung führt zu einem ansteigenden Bildungsniveau – wer über wenig Mittel verfügt hat häufig keine Zeitkontingente für politisches Engagement, im Umkehrschluss gilt je gebildeter, desto größer die Fähigkeit sich politisch zu artikulieren und zu engagieren.

Der Ausbildungsstand 2010 gemessen an der durchschnittlichen Schuldauer beträgt in Tunesien 6,5 Jahre, im Jemen 2,5 Jahre. Aus dem Wert der durchschnittlichen Schuldauer der über 25-jährigen und der erwarteten Schuldauer von 7-jährigen ergibt sich der von der UNDP ermittelte Education Index – dabei gilt 0 als niedrigerster und 1 als höchster Wert. Der Education Index 2010 Tunesiens liegt bei 0,6, der Jemens bei 0,3.¹⁶

3.3.3 Auswirkungen eines höheren Bildungsniveaus

Es lässt sich die Tendenz feststellen, dass in Ländern mit einem höheren Bildungsniveau die Verteilung von Informations- und Kommunikationsmitteln ebenso höher ist, als in Ländern mit niedrigerem Bildungsniveau. So besaßen im Jemen 2009 nur 35,52 % der Bevölkerung Mobiltelefone und 2010 galten 1,2% der Bevölkerung als Internetnutzer, während in Tunesien 2009 95,38% der Bevölkerung Mobiltelefone besaßen und 2010 34,0% Internetnutzer waren.¹⁷ Insbesondere Informations- und

¹⁵ Central Intelligence Agency: The World Factbook. Tunisia, o.O. letztes Update: 24.8.12 in: www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ts.html (letzter Zugriff: 2.9.12).

¹⁶ United Nations Development Programme: The Arab Human Development Data Yemen, o.O. 2011, in: www.arab-hdr.org/data/profiles/TUN.aspx (letzter Zugriff: 2.9.12).

United Nations Development Programme: The Arab Human Development Data Tunisia, o.O. 2011, in: www.arab-hdr.org/data/profiles/YEM.aspx (letzter Zugriff: 2.9.12).

¹⁷ Mobiltelefone: International Telecommunications Union: Mobile Cellular Subscriptions per 100 Inhabitants, o.O. 2009 in: www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/material/excel/MobileCellularSubscriptions00-09.xls (letzter Zugriff: 2.9.2012).

¹⁴ Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, a.a.O., S. 70-73.

Kommunikationsmittel wie das Internet und das Handy ermöglichen eine schnellere und bessere Informationsverbreitung und Vernetzungsmöglichkeit zu Protestgruppierungen während der Demonstrationen.¹⁸

Ein höheres Bildungsniveau führt zudem zu einer politischen Mäßigung der Gesellschaft und sowie zu der Entwicklung toleranterer und gemäßigter Wertvorstellungen. Dies führt des Weiteren zu der Herausbildung eines Systems relativ egalitärer Werte.¹⁹

3.3.4 Auswirkungen einer steigenden wirtschaftlichen Entwicklung

Die ökonomische Modernisierung hat neben dem Anstieg des Bildungsniveaus aber noch zwei weitere Auswirkungen – zum einen beinhaltet sie eine hohe Urbanisierung. 2010 lebten 67% der tunesischen Bevölkerung in der Stadt, während der Jemen noch ein sehr ländlicher Staat ist, dort gehören nur 32% der Jemeniten der Stadtbevölkerung an. Zum anderen führt eine ökonomische Modernisierung zu einem höheren Einkommen breiter Teile der Bevölkerung und der Existenzsicherung. Dies bewirkt die Stärkung und Förderung der Herausbildung einer Mittelklasse. Das begünstigt wiederum den Wandel der Klassen- und Sozialstrukturen und mit ihm auch die Verringerung von Konflikten wie Klassenkampf oder Verteilungsungerechtigkeiten. Die vertikale Mobilität verbessert sich, da die Klassenstruktur zunehmend durchlässiger wird.

Nach dem Bertelsmann Transformationsbericht 2010 machen in Tunesien bereits rund 80% der Bevölkerung die Mittel-

schicht aus.²⁰ Der Jemen besitzt hingegen keine gefestigte Mittelschicht – vielmehr setzt sich die Gesellschaft aus einem kleinen Anteil an wohlhabenden, reichen Eliten und einer Mehrheit der Unterschicht zusammen. 2010 lebten 38,59% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze von \$2 am Tag, 17,5% der Bevölkerung lebten 2010 sogar nur mit weniger als \$1,25.²¹ Im Vergleich: In Tunesien waren es 2,6% der Bevölkerung, die mit weniger als \$1,25 auskommen mussten.²²

Aus der Herausbildung einer Mittelschicht resultiert die zunehmende Forderung nach Mitsprache sowie Partizipation und die Entstehung einer Zivilgesellschaft. Schon Tocqueville thematisiert die wachsende Neigung der Bürger, sich mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung in unabhängigen zivilen Vereinigungen zu engagieren.²³ So gab es 2010 in Tunesien ca. 9400 registrierte zivilgesellschaftliche Organisationen, im Jemen ca. 6000.²⁴ Gerade unter der Herrschaft des autokratischen Regimes waren die meisten dieser Organisationen jedoch abhängig von der Legitimierung seitens des Staates bzw. die unabhängigen Organisationen standen unter ständigem staatlichen Druck.

Der Vergleich Tunesiens und Jemens anhand der sozioökonomischen Faktoren nach Lipset zeigt auf, dass in Tunesien während des autokratischen Regimes bereits demokratieförderliche wirtschaftliche wie gesellschaftliche Strukturen bis zu einem bestimmten Grad ausgebildet wor-

Internet: Internet World Stats: Internet Usage in the Middle East, o.O. 2010, in: www.internetworldstats.com/stats5.htm (letzter Zugriff: 2.9.2012).

Internet World Stats, Internet Usage Statistics for Africa, o.O. 2010, in: www.internetworldstats.com/stats1.htm (letzter Zugriff: 2.9.2012).

¹⁸ Vgl. Perthes, Volker: Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen, Bonn 2011, S. 25-30.

¹⁹ Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, a.a.O., S. 72-73.

²⁰ Bertelsmann Stiftung: BTI 2010. Country Report Tunisia, Gütersloh 2009, S.19.

²¹ United Nations Development Programme: UNDP Yemen Focus Areas. Poverty Reduction, o.O. 2012, in: www.undp.org/ye/poverty.php (letzter Zugriff: 2.9.2012).

²² United Nations Development Programme: Human Development Report 2010. The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development, New York 2010, S.163.

²³ Vgl. Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1985 [1835].

²⁴ Bertelsmann Stiftung: BTI 2010. Country Report Tunisia, a.a.O., S.11.

U.S. Department of State: 2010 Human Rights Report: Yemen, o.O. 2011, in: www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2010/nea/154476.htm (letzter Zugriff: 2.9.2012).

den sind, während im Jemen diese Strukturen eher unterentwickelt waren.

3.4 Kritik an Lipsets Modernisierungstheorie

Die Modernisierungstheorie Lipsets ist ein Teil der Theoriesynthese zur Erklärung von Systemwechsel und fundiert empirisch belegt,

„dass längerfristig die marktwirtschaftliche Modernisierung der Wirtschaft und mit ihr der Gesellschaft die fundamentale Voraussetzung für die Entwicklung von Demokratie ist.“²⁵

Dennoch weist die Theorie Schwachstellen auf, unter anderem kann sie weder den Zusammenbruch sozioökonomisch relativ hoch entwickelter Gesellschaften, wie Deutschland in der Weimarer Republik, noch Demokratisierung unterentwickelter Staaten (BIP per capita unter \$1000) erklären.²⁶ Für die Untersuchung der Forschungsfrage spielt vor allem das Außerachtlassen der Beschaffenheit der Gesellschaft, also der Homo- bzw. Heterogenität bedingt durch kulturelle und religiöse Faktoren, eine große Rolle.

Tunesiens Gesellschaft kann als weitestgehend homogen betrachtet werden - 99% der Bevölkerung sind Sunniten, die Gesellschaft ist im Vergleich zum Jemen nicht in tribale Einheiten fragmentiert. Konfliktstrukturen bestehen vergleichsweise rudimentär zwischen moderaten und islamistischen Gesellschaftsgruppen.

Die jemenitische Gesellschaft hingegen gilt als gespalten, sowohl in verschiedene Stämme und militärische Splittergruppen, als auch religiös in eine separatistische schiitische Huthi-Bewegung im Norden und der sunnitischen Mehrheit des Landes. Die Struktur der Stammesgesellschaft hat zudem einen großen politischen Einfluss – insbesondere ohne die Unterstützung bzw. Tolerierung der größten Stammesföderati-

onen Hasched und Bakil kann keine Regierung auf Dauer bestehen.²⁷

Somit muss auch die Gesellschaftsstruktur in Betracht gezogen werden, wenn untersucht werden soll, unter welchen Voraussetzungen ein erfolgreicher Systemwechsel, am Beispiel Tunesiens und des Jemens, möglich ist.

4. Zusammenfassung

Anhand des Vergleichs lässt sich feststellen, dass sowohl in Tunesien als auch im Jemen ein Regimewechsel stattfand: 2011 wurde in Tunesien das autokratische Regime unter Präsident Ben Ali von der Übergangsregierung unter dem Interimspräsidenten Jebali ersetzt, im Jemen wurde die Saleh-Ära 2012 durch die Wahl des Interimspräsidenten Hadi und der Bildung der „Regierung der nationalen Einheit“ und der Einberufung des „Kongresses des nationalen Dialogs“ beendet. In beiden Ländern wird an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung gearbeitet. Beide Länder befinden sich im Prozess des Systemwechsels mit dem selbsterklärten Ziel der Demokratisierung.

Ob dies letztendlich ein erfolgreicher Systemwechsel sein wird, ist jetzt noch nicht absehbar.

Erkennbar ist jedoch, dass die von Lipset formulierten sozioökonomischen Strukturen, die eine Demokratisierung chancenreicher machen, in Tunesien besser ausgebildet sind als im Jemen. So beträgt zum Beispiel das Pro-Kopf-BIP Tunesiens von \$9700 mehr als drei mal so viel wie das jemenitische, das Bildungsniveau in Tunesien ist mit dem Education Index Wert von 0,6 doppelt so hoch wie im Jemen und in Tunesien lässt sich eine gefestigte Mittelschicht ausmachen, während im Jemen 2010 38,59% der Bevölkerung mit weniger als \$2 am Tag leben mussten.

Trotz alledem fand auch im Jemen der Übergang eines 21 Jahre bestehenden au-

²⁵ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, a.a.O., S. 74.

²⁶ Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, a.a.O., S.75.

²⁷ Vgl. Winter, Heinz-Dieter: Arabische Frühling, a.a.O. S. 71.

tokratischen Regimes in die Transformationsphase der Institutionalisierung statt.

Der Vergleich bestätigt, dass die Beziehung zwischen ökonomischer Modernisierung und Demokratie keineswegs monokausal ist, sie stellt weder eine notwendige noch hinreichende Vorbedingung für Demokratisierung dar. Dennoch in dem ‚Requisitenbündel‘ der Demokratie ist sie laut Merkel

„jene fundamentale Voraussetzung, die sowohl die sozialen Bedingungen und gesellschaftlichen Akteure als auch die Handlungsbedingungen hervorbringt, die autoritäre Regime herausfordern und demokratisierungswillige Akteure stärken.“²⁸

Insofern gilt, je mehr und besser die Requisiten aus dem Bündel in einem Land bereits vorhanden und ausgebildet sind, desto erfolgversprechender ist die Möglichkeit eines stabilen Systemwechsels. Da der Prozess in beiden Ländern noch nicht abgeschlossen ist, lässt sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht durch den vorgenommenen Vergleich empirisch bestätigen, dass die Chancen eines Landes mit unterentwickelten Requisiten geringer sind.

Feststeht, dass jede Übergangsregierung mit ähnlichen Problemen in der Transformationsphase zu kämpfen hat- zum Beispiel mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage oder politischen Gestaltungsfragen. Dem Prozess der Institutionalisierung kommt letztendlich jene erfolgversprechende Grundlage aus gut ausgebildeten sozioökonomischen Faktoren zugute: Wie in dem Fall Tunesiens, in dem das Transformationsland auf einen gewissen Entwicklungsstandard der Wirtschaft und eine gut ausgebildete, in der Mehrheit politisch gemäßigte, Gesellschaft als Stütze zurückgreifen kann.

Der Jemen sieht sich zusätzlich zu diesen Herausforderungen noch mit weiteren

Problemen wie der Heterogenität der Gesellschaft konfrontiert, deren Lösung die selbe Priorität haben wie die Frage nach der zukünftigen Art des politischen Systems.

Aus Sicht des theoretischen Konstrukts Lipsets ist also ein Transitionsprozess im Jemen trotz schwacher Ausbildung sozioökonomischer Requisiten nicht von vorneherein zum Scheitern verurteilt, jedoch werden die Chancen auf eine stabile Institutionalisierung und fortwährende Demokratisierung gering eingeschätzt.²⁹ Im Umkehrschluss gilt aus dieser Sicht Tunesien als ein Demokratiekonsolidierer, aufgrund der vergleichsmäßig starken Ausbildung der Requisiten.

Ein Kritikpunkt an Lipsets Ansatz ist jedoch, dass die Modernisierungstheorie weitere, die Transition beeinflussende, religiöse und kulturelle Faktoren außen vor lässt. Diese spielen gerade im Jemen eine große Rolle: Für einen erfolgreichen Systemwechsel muss ein Konsens zwischen den verschiedenen Stämmen/ Stammesföderationen, der schiitischen Huthi-Minderheit im Norden und der sunnitischen Mehrheit, moderaten und islamistischen Kräften gefunden werden, damit eine Legitimationsbasis des neuen politischen Systems geschaffen werden kann. Der „Kongress des nationalen Dialogs“ stellt hierbei den Versuch da, einen solchen Konsens zu entwickeln.

Dennoch – eine sichere Prognose über den Erfolg der Systemwechsel in Tunesien und im Jemen lässt sich nicht formulieren, da die Übergangsprozesse noch im Vollzug sind und die verschiedensten, unvorhersehbaren Faktoren diesen beeinflussen und behindern könnten.

Unumstößlich ist die Voraussetzung, dass für einen chancenreichen Systemwechsel, die Demokratisierung vom Volke ausgehen muss, um die nötige Legitimität des neuen

²⁸ Lipset, Seymour Martin: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, a.a.O., S. 99-100, 103-105.
Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, a.a.O., S. 72

²⁹ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, a.a.O., S. 72.

politischen Systems zu garantieren. Nichtsdestotrotz gibt es auch Anknüpfungspunkte für externe Akteure, um positiv auf den Transformationsprozess einzuwirken, wenn dies von den Transformationsländern gewünscht ist.

Insbesondere die Europäische Union hat bereits ausgiebige Erfahrungen mit Transformationsprozessen durch die Demokratisierungswellen in Süd- und Osteuropa. Anknüpfungspunkte fokussieren sich hierbei vor allem auf Erfahrungs- und Wissensaustausch, sowie Hilfestellungen bei bspw. der Organisation von Wahlen oder der Reformierung des nationalen Rechts sammeln können. Allen voran stellt die Verbesserung der Wirtschaftslage einen entscheidenden Faktor für externe Akteure dar, durch bspw. die Förderung arbeitsplatzschaffender Investitionen. Denn wie es Lipset formulierte:

„Eine der wichtigsten Erfolgsbedingungen gelungener Demokratie ist die ökonomische Entwicklung.“³⁰

5. Quellenanhang

Requisiten	Tunesien	Jemen
BIP per capita	\$9800	\$2700
Ausbildungsstand (durchschnittliche Schulbildung in Jahren)	6,5	2,5
Bildungsniveau	0,6	0,3
Informations- und Kommunikationsmittel	95,38 %	35,52 %
Mobiltelefon	34,00 %	1,2 %
Internet		
Urbanisierung	67%	32%
Mittelschichten Bevölkerung, die unter \$1,25 am Tag leben	80 %	17,5 %
Bevölkerung, die unter \$2 am Tag leben	2,6%	38,59%
Partizipation in Verbänden/ Vereinen (Anzahl an registrierten zivilen Organisationen)	9400	6000

Tabelle I: Werte der Vergleichsindikatoren nach Lipsets „Requisiten“

³⁰ Vgl. Lipset, Seymour Martin: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, a.a.O., S.75.

Literaturverzeichnis

- Balke, Fritz*: Glückliches Arabien? Schwieriger Übergang in Jemen, in: Winter/Heinz-Dieter.(Hrsg.): Arabischer Frühling. Zwischen hohen Erwartungen und enttäuschten Hoffnungen, Berlin 2012.
- Bertelsmann Stiftung*: BTI 2010. Country Report Tunisia, Gütersloh 2009.
- Bertelsmann Stiftung*: BTI 2010. Country Report Yemen, Gütersloh 2009.
- Beyme, Klaus von/ Nohlen, Dieter*: Systemwechsel, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 1: Politische Theorien, München 1995.
- Büchs, Anette*: Pro-demokratische Proteste im Jemen. Gefangen im Patt der Eliten, o.O. 18.10.2011, in: <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischerfruehling/52404/jemen?p=all> (letzter Zugriff am: 1.9.2012).
- Central Intelligence Agency*: The World Factbook. Tunisia, o.O. letztes Update: 24.8.12, in: www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ts.html (letzter Zugriff: 2.9.12).
- Central Intelligence Agency*: The World Factbook. Yemen, o.O. letztes Update: 24.8.12, in: www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ym.html (letzter Zugriff: 2.9.12).
- International Telecommunications Union*: Mobile Cellular Subscriptions per 100 Inhabitants, o.O. 2009, in: www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/material/excel/MobileCellularSubscriptions00-09.xls (letzter Zugriff: 2.9.2012).
- Internet World Stats*: Internet Usage in the Middle East, o.O. 2010, in: www.internetworldstats.com/stats5.htm (letzter Zugriff: 2.9.2012).
- Internet World Stats*: Internet Usage Statistics for Africa, o.O. 2010, in: www.internetworldstats.com/stats1.htm (letzter Zugriff: 2.9.2012).
- Lipset, Seymour Martin*: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: The American Political Science Review, 1959 Nr. 53, S.105.
- Lipset, Seymour Martin*: Political Man. The Social Basis of Politics, Baltimore 1981.
- Merkel, Wolfgang*: Systemtransformation, Wiesbaden 2. Aufl. 2010.
- Merkel, Wolfgang/ Sandschneider, Eberhard/ Segert, Dieter (Hrsg.)*: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 2. Aufl. 1996.
- Nohlen, Dieter (Hrsg.)*: Lexikon der Politik, Bd. 1: Politische Theorien, München, 1995.
- Perthes, Volker*: Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen, Bonn 2011.
- Rüb, Friedbert W.*: Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen, in: Merkel, Wolfgang/ Sandschneider, Eberhard/ Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 2. Aufl. 1996.
- Sandschneider, Eberhard*: Stabilität und Transformation politischer Systeme, Opladen 1995.
- Schmid, Thomas*: Wo alles begann, in: Edition Le Monde diplomatique, o. Jhg. (2012), Nr. 11, S. 29-31.
- Tocqueville, Alexis de*: Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1985 [1835].
- United Nations Development Programme*: The Arab Human Development Data Yemen, o.O. 2011, in: www.arab-hdr.org/data/profiles/TUN.aspx (letzter Zugriff: 2.9.12).
- United Nations Development Programme*: The Arab Human Development Data Tunisia, o.O. 2011, in: www.arab-hdr.org/data/profiles/YEM.aspx (letzter Zugriff: 2.9.12).
- United Nations Development Programme*: Human Development Report 2010. The Real.
- Wealth of Nations*: Pathways to Human Development, New York 2010.
- United Nations Development Programme*: UNDP Yemen Focus Areas. Poverty Reduction, o.O. 2012, in: www.undp.org/ye/poverty.php (letzter Zugriff: 2.9.12).
- U.S. Departement of State*: 2010 Human Rights Report: Yemen, o.O. 2011, in: www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2010/nea/154476.htm (letzter Zugriff: 2.9.12).

Zu diesem Paper

Das vorliegende Paper entstammt der Sonderausgabe der Passauer Jean Monnet Papiere 01/2014: Alexandra M. Schmid (Hg.): „Arabische Zeitenwende? Chancen, Herausforderungen und Perspektiven für die Europäische Union“. Die gesamte Ausgabe ist abrufbar unter: <http://www.phil.uni-passau.de/die-fakultaet/lehrstuehle-professuren/politikwissenschaft/european-studies/passauer-jean-monnetpapiere.html>.

Zu den Passauer Jean Monnet Papieren

Die Passauer Jean Monnet Papiere werden vom Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik der Universität Passau herausgegeben. Sie dienen der Veröffentlichung der verschiedenen, von der Europäischen Kommission geförderten Projektaktivitäten des Jean-Monnet-Lehrstuhls und stehen darüber hinaus auch besonders qualifizierten Studierenden zur Publikation ihrer Arbeiten offen. Interessierte Autoren können Manuskripte unter jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de einreichen.

Impressum

Universität Passau
Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik
Dr. Hans-Kapfinger-Str. 14, 94032 Passau
E-mail: jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de
Fon: +49 (0)851 509 2981
Fax: +49 (0)851 509 2977
www.uni-passau.de/goeler

ISSN: 2194-1580

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Programm für
lebenslanges
Lernen